

werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag des hiesigen bekannten Agenten...

Der Sozialdemokrat

Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Selbstverhandlung...

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich vertriebenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beachtung Kaiserlicher Vorschriften abgeben lassen.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Friedlich und naturgemäß oder gehässig und unsinnig?

III. Wo die Produkte bleiben.

Es ist eine unbestreitbare Thatsache, daß die Produktion von Gebrauchswerten in steter Zunahme begriffen ist. Alle Vervollkommnungen der industriellen Technik haben zu ihrem Zweck Steigerung der Produktivkraft der Arbeit...

Wo bleiben diese Gebrauchswerte? Oder genauer, wo bleibt das jährliche Mehr von Gebrauchswerten? Müssen diese, da die Verbrauchsfähigkeit der Kapitalistenklasse doch beschränkt ist, nicht schließlich doch der Arbeiterklasse zu Gute kommen?

Sind nicht die Erzeugnisse der Massenfabrication für den Massenverbrauch, d. h. den Verbrauch seitens der Masse, berechnet und werden sie nicht den Arbeitern durch ihre steigende Billigkeit immer mehr zugänglich gemacht?

Scheinbar ja, tatsächlich gestaltet sich die Sache aber anders.

Zunächst ist da ein Ding, genannt Ausfuhr. Die Produzenten, oder sagen wir lieber — da die wirklich Produzierenden die Arbeiter sind — die Fabrikanten suchen allerdings den Absatz für ihre Fabrikate durch immer größere Billigkeit zu erlangen, aber sie verheissen sich keineswegs darauf, diesen Absatz im eigenen Lande, bei ihren heißgeliebten Landsleuten zu erzielen.

Den famosen Branntwein- und Zucker-Industriellen ist diese Tendenz sogar so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie an einem ganz verrottenen Steuersystem festhalten, nur weil es ihnen erlaubt, den ausländischen Konsumenten den weitaus billiger zu liefern als den deutschen Konsumenten.

Andere Industrielle suchen das gleiche Resultat durch Preis-Koalitionen zu erlangen; da es sich aber bei ihnen nicht direkt um Artikel des Massenbedarfs handelt, so gehen wir hier auf dieses Mittel nicht näher ein, zumal es nur ein Ableger des Schutzsystems ist, das ebenfalls in letzter Instanz darauf hinausläuft, hohe Preise im Inland zu erzielen.

Um auf dem Weltmarkt Verschleuderungen zu gestatten, in allen Industrieländern werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, die Ausfuhr zu steigern, nirgends fällt es den Staatslenkern ein, auf Hebung des Verbrauchs im Inland hinzuwirken.

Die Bestrebungen auf Erhöhung der Einkommen (Löhne) und damit der Konsumfähigkeit der großen Masse werden von ihnen mit scheelen Augen angesehen, in Deutschland, dem Lande des Schutzes der nationalen Arbeit und der christlichen Sozialreform sogar direkt unterdrückt, denn — die Ausfuhr könnte darunter leiden!

Dafür aber werden draussen, in Afrika, in der Südsee und wo immer sonst noch neue Märkte geschaffen, das heißt den bisherigen Wilden das als Kulturbedürfnisse anerzogen, was der Arbeiter dahheim, im „Kulturland“, sich womöglich als überflüssig abgewöhnen muß, weil sein Lohn zum Höchsten nicht mehr ausreicht.

Es läßt sich leider nicht ziffermäßig nachweisen, ein wie großer Teil des jährlichen Mehrprodukts — worunter wir hier die mehr als verhältnismäßige Zunahme an Produkten verstehen — ins Ausland wandert, aber jedenfalls fällt er erheblich in's Gewicht. Ist doch der Stand ihrer Ausfuhr nahezu der Gradmesser für die Lage jeder betreffenden Industrie geworden. Wenn die Ausfuhr stockt, so stockt die Produktion überhaupt.

Freilich wäre es zu weit gegangen, etwa zu behaupten, daß überhaupt der Inlandsverbrauch keine Steigerung erfahre. Das ist trotz alledem der Fall, nur nicht in so großem Maße, als die Produktion sich steigert, und nur nicht von Seiten der Masse, um die es sich hier handelt, der Klasse der wirklich Produzierenden: dem Proletariat.

Wir haben hier auf eine Thatsache aufmerksam zu machen, die selbst in sozialistischen Kreisen in ihren Konsequenzen noch nicht gebührend gewürdigt wird, obwohl Karl Marx sie in seinem „Kapital“ deutlich genug gekennzeichnet hat. Nämlich darauf, daß unter dem Einfluß der Gesetzgebung der kapitalistischen

Produktion die Zahl der produktiven Arbeiter beständig verringert wird, wenn nicht absolut, so jedenfalls im Verhältnis zur Ausdehnung der Produktion und zum Wachstum der Gesamtbevölkerung — trotz der kolossalen Verschwendung von Naturkräften und menschlicher Arbeitskraft, wie sie die heutige Produktionsanarchie im Gefolge hat.

Bei großartigster Steigerung der Produktion fiel z. B. in der Baumwollindustrie Großbritanniens von 1861 bis 1871, bei einer Vermehrung der Zahl der Spindeln von 30,387,467 auf 34,695,221 und der Dampfwebsitespindeln von 399,992 auf 440,676 die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 456,646 auf 450,087. Dabei ist noch zu bemerken, daß gleichzeitig das Verhältnis der Männer zur Frauenarbeit sich immer mehr zu Gunsten der letzteren verschob. *)

In den Vereinigten Staaten mit ihrer rapiden Zunahme der Bevölkerung hat in dem Zeitraum von 1860 bis 1880 zwar die Zahl der in der Baumwollindustrie beschäftigten Arbeiter eine Zunahme um 41,3 Prozent erfahren, gleichzeitig stieg aber die Zahl der Spindeln um 103,4 Prozent, und das engagierte Gesamtkapital um 111,2 Prozent; während 1860 auf den einzelnen Arbeiter ca. 16,000 Dollars engagiertes Kapital kamen, kamen 1880 ca. 20,000 Dollars auf den einzelnen Arbeiter. (Beiläufig eins aus der Wirklichkeit entnommene Illustration zu unserem ersten Artikel.)

Es entstehen zwar gleichzeitig mit der Konzentration der verschiedenen Zweige der Maschinen-Industrie fortgesetzt neue Industrien, namentlich entwickelt sich mit dem Wachstum des Reichthums der Kapitalistenklasse die Luxusproduktion, aber diese absorbiert bei Weitem nicht die freigesetzten Arbeitskräfte; ebenso ist die Anzahl der Arbeitskräfte, welche durch die Ausdehnung der Verkehrsmittel — Eisenbahnwesen, Dampfschiffahrt etc. — dem Arbeitsmarkt entnommen werden, eine im Verhältnis zur Gesamtarbeiterschaft unbedeutende. Ein großer Theil der freigesetzten Arbeitskräfte vermehrt vielmehr direkt das Heer der absolut unproduktiven „dienenden Klasse“.

Die Zahl der modernen Hausflaven, dieser „Mittler der Kapitalistenklasse“, nimmt enorm zu. In England zählte man 1861:

Table with 2 columns: Category and Number of Persons. Includes Ackerbauarbeiter, Textilfabriken, Eisen- und Metallbergwerken, etc.

Was von den weiter freigesetzten Arbeitern nicht in der Lage ist, anzukommen — es gehört zu den wundervollsten Errungenschaften der kapitalistischen Produktionsweise, daß die Ausfuhr von Produkten Hand in Hand geht mit der Ausfuhr von Produzenten — verstärkt das Heer der industriellen Reservearmee des Kapitals, der beständig den Arbeitsmarkt füllenden Arbeitslosen, oder sinkt allmählich zum Vagabunden, Bettler oder Verbrecher herab. So jämmerlich ihr Konsum sich nun auch gestaltet, so gehören auch diese Kategorien zu den unproduktiven verschredenen Elementen der Bevölkerung, für deren Unterhalt in letzter Instanz immer wieder die Klasse der produktiven Arbeiter aufzukommen hat.

Ganz erheblich wächst auch die Zahl Derjenigen aus der Klasse der Industriellen im Konkurrenzkampf herausgeworfenen Elemente, die im Zwischenhandel als Gastwirthe u. s. w. Unterkunft suchen und grade der ärmeren Klasse der Bevölkerung den Lebenshalt direkt vertheuern — eine Erscheinung, auf die wir gelegentlich eingehender zu sprechen kommen. Auch sie müssen in ihrer großen Mehrheit als parasitische (schmarotzerhafte) Existenzen am Gesellschaftskörper gelten, ebenso die große Zahl der Angestellten der dem gesteigerten Vergnügungsbedürfnis der Besitzenden bestimmten Anstalten etc.

Und schließlich kommt in den großen Kulturstaaten noch hinzu das fortgesetzt anwachsende stehende Heer mit Allem, was drum und dran hängt.

Mit einem Wort: die Zahl der unproduktiven Konsumenten nimmt in der modernen kapitalistischen Gesellschaft in ganz unverhältnismäßigem Grade zu, während das industrielle und ländliche Proletariat, die eigentlich produktive

*) Während in dem Jahresbericht unterworfenen Fabriken Englands im Jahre 1861 die Zahl der männlichen Arbeiter 467,261, und die der weiblichen 308,273 betrug, war im Jahr 1868 die Zahl der Ersteren bereits auf 332,810 gefallen, die der Letzteren dagegen auf 525,124 gestiegen. Weist die Gesamtzahl der Arbeiter eine Vermehrung der menschlichen Arbeitskräfte auf, was zum Theil auf Erschließung neuer Industrien, zum Theil auf Erweiterung des Wirkungsbereiches des Fabrikwesens zurückzuführen sein dürfte, so gilt das eigentlich nur in Bezug auf die Zahl der Köpfe, während, wenn wir die Familie als Einheit, als „Zelle des sozialen Körpers“ nehmen, was das gerade die eigentlichen Defizite sind, welche die Arbeiterklasse verdirbt.

**) Vergleiche Karl Marx, „Das Kapital“, 1. Band, Kapitel 13, Abschnitt 6 und folgende.

Klasse der Bevölkerung, wo nicht absolut, so doch relativ immer mehr zurückgeht.

Und dieses Verhältnis wird sich immer mehr verschlimmern, eine immer größere Anzahl von direkt oder indirekt als Schwanz der Kapitalistenklasse einherwandernden unproduktiven Mitteln werden von den wirklichen Produzenten, von den angeblich so glücklichen Arbeitern, mitgemietet werden müssen und dazu beitragen, diesen die Früchte ihrer Arbeit vom Munde wegzureißen, wenn sich die Gesellschaft auch fürderhin im Sinne des Dreigespanns „Kölnische Zeitung“, „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und „Freisinnige Zeitung“ „friedlich und naturgemäß“ weiterentwickelt. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung gestaltet sich von Jahr zu Jahr unfruchtbarer, die Arbeiterpartei durch die Maschine wird begleitet von einer geradezu wahnsinnigen Vergewaltigung von Arbeitskraft, die alle Vortheile der ersteren für die große Masse der Bevölkerung wieder aufhebt.

Jeder Versuch der Arbeiterklasse aber, dieser unsinnigen Verschleuderung von Arbeitskräften durch gleichmäßigere Verteilung von Arbeitslasten entgegenzuwirken, wird von der Kapitalistenklasse mit den gehässigsten Mitteln zu unterdrücken gesucht. Nieher greifen sie, wie das vorliegende Beispiel zeigt, zur direkten Fälschung der Thatsachen und lügen den Arbeitern eine Verbesserung ihrer Lage nach, als daß sie offen zugestehen, daß dieselbe einer gründlichen Verbesserung bedürftig ist. Denn sie fühlen instinktiv, daß dieselbe auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung unmöglich ist.

Erst eine Gesellschaft, die es sich zum ersten Gebot macht, die Produktionskräfte vernunftgemäß zu organisieren, und damit das große Heer der heute zum großen Theil wider Willen unproduktiven Mitteln zur gesellschaftlichen Gesamtarbeit heranzieht, wird, indem sie gleichzeitig die Arbeitslast der heute Ueberarbeitenden herabsetzt, auch ihren Verbrauch erhöhen.

Die bewußte Leitung der Produktion durch die organisierte Gesellschaft mag den Manchesterleuten der „Norddeutschen“ etc. als „unsinnig“ und „gehässig“ erscheinen, aber sie wird eintreten und muß eintreten, und wenn es nicht friedlich geht, so doch auf jeden Fall — naturgemäß.

Die angebliche geheime Organisation der Deutschen Sozialdemokratie und die wirkliche Korruption der deutschen Polizei.

Es ist schon einige Monate her, daß ein gewisser Krieter, seines Zeichens königlicher Polizeikommissar in Magdeburg, eine Broschüre: „Die geheime Organisation der Sozialdemokratie“ veröffentlicht hat, die, auf „autoritative Quellen“ gestützt, angeblich endlich die große geheime Organisation der deutschen Sozialdemokratie enthüllt, und von der in der Karlsruher Presse großes Aufsehen gemacht und behauptet wurde, daß der Verfasser mit ihrer Aufklärung eine große „patriotische That“ vollbracht habe.

Wenn wir heute daran gehen, das „patriotische“ Nachwort des Herrn Krieter noch nachträglich etwas genauer zu untersuchen, so geschieht dies u. A. hauptsächlich deshalb, weil es einen charakteristischen Einblick liefert in das heute in Deutschland obwaltende Verhältnis zwischen Polizei und Gerichten. Der strebsame Polizeikommissar beschäftigt sich in seiner Broschüre wiederholt mit den Rechtsprechungen der Gerichte, und die Art, wie er das thut, ist nach verschiedenen Richtungen hin sehr lehrreich.

Der z. B. den Titel der Krieter'schen Schrift liest, der muß sich unwillkürlich die Frage vorlegen: seit wann wirkt denn die Polizei wichtige Geheimnisse auf den offenen Markt, ehe sie dieselben zur Kenntnis der Gerichte bringt, und die Mitglieder des von ihr entdeckten großen Geheimbundes bis auf den letzten Mann dem Gefängnis überantworten läßt?

Und schon diese einfache Frage weist darauf hin, daß die „patriotische“ Broschüre keineswegs das gibt, was sie verspricht, sondern ein gewöhnliches Polizeiamerke ist, in erster Linie bestimmt, ihrem Urheber Geld einzubringen und für ihn Bekanntheit zu machen, wofür schon die wahrheitschreiende Art des Aufschlages spricht. Das Pamphlet ist in eins, in den deutschen Reichsfarben, schwarz-weiß-roth, schillernde Dedes gepackt, und bekommt dadurch ein Aussehen, das schon der bloße Knickel Wohlgefallen erregt. Die Geschmacklosigkeit und Gehässigkeit der deutschen Reichsfarben ist und noch nie so zu Gemüthe geführt worden als durch diesen patriotisch schillernden Umschlag des Krieter'schen Geisteserzeugnisses.

Und wie das Aeußere, so das Innere. Eine Wiebergabe all' der bekannten, meist altentworfene feststehenden Thatsachen, wie sie durch die Veröffentlichungen im „Sozialdemokrat“, durch die Verhandlungen des Chemnitzer und Freiburger Prozesses, durch die Protokolle des Bydener und Kopenhagener Prozesses etc. bekannt geworden sind. Alle diese Thatsachen sind durch Krieter nur unter dem deutsch-polizeilichen Gesichtswinkel zusammengestellt und mit einer aus allerlei Erdichtungen, Entstellungen und groben Widersprüchen zusammengesetzten Sauce übergossen worden.

Das sind die „autoritativen Quellen“, aus welchen das Nachwort entstanden ist, das nach dem eigenen naiven Geständnis des Verfassers den Zweck haben soll, für die Richter künftig eine Richtschnur zu bilden, nach welcher sie urtheilen und verurtheilen sollen, und das, ein Appell sein soll an alle staatsbehaltenden Elemente, den Arbeitermassen Majoritäten monarchisch gesinnter Staatsbürger gegenüberzustellen.

Wir haben nach all' den gemachten Erfahrungen keine sonderlich gute Meinung von deutschen Richtern, aber daß sie auf die Krieter'schen Rechtsabhandlungen hineinfließen werden, bezweifeln wir doch. Es grenzt an maßlose Unverschämtheit, wenn der Magdeburger Polizeikommissar die Richter beschuldigt (S. 34), sich durch schablonenhaftes und selbstbewußtes Leugnen der Angeklagten beeinflussen zu lassen, oder wenn er

an anderer Stelle behauptet, daß das Plaidoyer des Staatsanwalts in Folge der zeitlichen Beschränkungen (es durch wen?) selbst bei der genauesten Präzision nicht immer im Stande ist, dem Gerichtshof eine eingehende Schilderung aller Ungehelichkeiten der sozialdemokratischen Parteiorganisation zu entwerfen, und ihnen sodann versichert, es falle ihm natürlich auch nicht verdeckterweise ein, den letzten Vorwurf gegen die bisherige Praxis der Gerichtshöfe zu erheben, er beachtete nur, „durch die vorliegende Arbeit auch nach dieser Seite hin eine möglichst vollständige Klärung der Verhältnisse zu geben,“ und nun Staatsanwält und Richter darlegt, was sie unter den Paragraphen 128 und 129 zu verstehen haben, und daß alle Vorbereitungen dieser Paragraphen in der von ihm geschilderten und gebildeten Organisation der Partei vorhanden seien.

Krieter hat kein Nachwort, der besseren Uebersichtlichkeit halber, in ein Vorwort, neun besonders betitelte Abschnitte und ein Schlusswort eingeteilt.

Nach ihm hat die Partei durch die letzten Wahlen „den Höhepunkt ihrer parlamentarischen Erfolge überschritten“, bedeutet der Verlust an Mandaten „einen entscheidenden Rückschlag“, jedenfalls habe die „nationale Begeisterung des deutschen Volks“, soll heißen die durch verlogene und heuchlerische Kriegsgeschrei hervorgerufene Wahlerregung, „und das mutige Ausschreiten aller berufenen Vertreter der Ruhe und Sicherheit unseres Staats einen Sieg davon getragen über die dunkle Schaar der Reichsfeinde“. Da die Partei 150,000 Stimmen bei den Wahlen gewonnen habe — Krieter unterschätzt das Volk von noch 70,000 — was will das heißen gegen die Zunahme der Stimmenzahl der Ordnungsfreunde? Aber wie diese Zunahme erlangt wurde und wie man die Sozialdemokratie während des Wahlkampfes unterdrückte, davon sagt Krieter nichts. Wäre heute abermals zu wählen, das Verhältnis würde ein der Sozialdemokratie noch viel günstigeres sein.

Lehrreich ist, was Krieter über die Entstehung der Arbeiterblätter, der Fachvereine und ihre Duldung sagt. Dagegen die Blätter sich sehr gemäßig stellen, hätten sie doch durch „ihre geschickte Zusammenstellung der sozialistischen Propaganda Raum gegeben“. Das ist nach Krieter eigentlich ein Verbrechen, dessen sich die Regierungen schuldig machten. Daß die Reichsregierung durch ihre Sozialvorlagen der Sozialdemokratie Gelegenheit im Reichstag gab, für ihr Programm ausgedehnte Propaganda zu machen, läßt die Reichsregierung als Mitschuldige an der sozialistischen Propaganda erscheinen. Ingleichen die Reichskommission, welche einzelne Verbote der Parteibehörden gegen Fachvereine wieder aufhob. So kam es, daß die Sozialdemokratie in diesen Vereinen „ihren wahren Charakter bald unverhüllt zeigte“. Schrecklich!

Siebenunzwanzig Zeilen weiter behauptet Krieter dagegen, daß die Sozialdemokratie nicht so viel Anhang gefunden hätte, wenn ihre Anhänger „das wahre Antlitz der Partei gesehen hätten“. Der Widerspruch ist faustdick, er kommt aber weder hier (Seite 18), noch an anderer Stelle dem unglücklichen Verfasser zum Bewußtsein.

Neu ist auch, daß nach der Wahlbewegung von 1894 die Fachvereinsbewegung „fast wie auf Kommando“ herabsank, so daß sie heute fast „gänzlich eingeschlafen ist“.

Von der Kleinlichen, erbärmlichen Verfolgungslust der deutschen Polizei gegen diese Vereine, von dem famolen Putzamerikanischen Streikertum und dem Verbot und der Auflösung von zahlreichen Komitees und Vereinen dieser Art wagt der Krieter natürlich nichts. Trotzdem ist auch heute die Bewegung nicht „eingeschlafen“, nur hat sie heute ebensowenig wie vor 1894 mit der Partei etwas zu thun. Es ist allerdings so weit gekommen in Deutschland, daß die Polizei in jedem selbständig auftretenden Arbeiter eines gefährlichen Sozialdemokraten sieht und ihn danach behandelt, was übrigens für die Partei entschieden nützlich und gut ist.

Nach Krieter besteht eine geheime politische Verbindung über die ganze Partei. „Eine festgesetzte Vereinigung mit einem Vorstand, einer bestimmten Mitgliedschaft, verbindenden Statuten und einer mit regelmäßigen Vereinsfeiern erfüllten Kasse.“ Das ist nach Krieter apodiktisch gewiß; wie steht's aber mit seinen Beweisen?

Als Beweis führt er einen Auszug der Zeitung für Leipzig „Stadt und Land“ aus dem „Sozialdemokrat“ an, in welchem gesagt wird, daß nur der im Falle der Ausweisung Anspruch auf Unterstützung habe, welcher aktiver Gemotter der Partei sei und während der Mitgliedschaft die übliche Parteisteuer bezahlt habe.

Daß sich diese Bekanntmachung nur auf den genannten Bezirk bezog, aber eine gleiche allgemeine Organisation nicht existiert und folglich nicht nachzuweisen ist, verschweigt Krieter. Ebenso verschweigt er, daß seiner Zeit in Freiberg die Angehörigen rüchellos zugaben, daß es eine Anzahl Orte in der Partei geben könne, die eine Organisation im Sinne des § 128 des Strafgesetzbuchs besitzen könnten, daß eine solche Organisation aber weder allgemein sei, noch mit der Parteileitung — der Fraktion — das geringste zu thun habe, eine Auffassung, welcher sich der Gerichtshof, trotz des besten Willens, auch auf § 128 zu verurteilen, anstehen mußte.

Aber darin liegt nach Krieter grade der Fehler, daß die Gerichte noch nicht genug auf bloße polizeiliche Behauptungen hin verurtheilen, sondern noch so etwas wie Beweise verlangen. Die besaglichen Anzeigen Krieters hierüber sind so charakteristisch und verwerflich so ganz und gar den niedrigsten Polizeibüchleinstandpunkt, daß sie tiefer gehängt werden müssen. Er sagt wörtlich:

„Die Polizeibehörde hat die Aufgabe, ihre Wahrnehmungen und Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und dem Strafrichter zu unterbreiten, doch ist sie verpflichtet, hierzu auch das nötige Beweismaterial zu liefern. (Welches Unrecht!) „Dieses Letztere (nämlich das Beweismaterial zu liefern) ist freilich in vielen Fällen aus leicht erklärlichen Gründen (sic!) äußerst schwierig (so: so!), wodurch ein Einschreiten gegen die ungesetzlichen Organisationen oftmals lange Zeit unmöglich bleibt.“ (Sollte man das glauben? Doch das Beste kommt noch.)

„So ist es hiemit der Fall, daß die Behörde sehr genau über alle Einzelheiten der geheimen Thätigkeit der Sozialisten unterrichtet ist, sie kennt die Mitglieder des Komitee, sie kennt ihre Zusammenkünfte, ihre Beschlüsse, die Verbreiter der verbotenen Schriften — und doch genügt dies nicht, um einen Gerichtshof zur Verurteilung der Mitglieder eines solchen Geheimbundes zu veranlassen.“

Der Leser wird erstaunt die Hände über dem Kopf zusammenschlagen über die Unzulänglichkeit dieser deutschen Gerichte; aber er tröste sich und lese weiter: „Es muß also dem die Behörde angeht dieser regelmäßigen Geheimsüßerungen ruhig in ihrer defensiven Stellung verharren, bis ein günstiger Zufall ihr dasjenige Beweismaterial in die Hände spielt, welches hinreichend ist, um den Strafrichter von der Existenz der geheimen Verbindung zu überzeugen.“

Welch unerhörtes Unrecht von deutschen Richtern, für ihre Verurteilungen wenigstens einiges Beweismaterial zu verlangen und nicht blind auf polizeiliche Versicherungen hin zu verurteilen! Nach anderen Leuten haben bisher die deutschen Gerichtshöfe es mit dem thätlichen Beweis oft recht leicht genommen, nach Krieter stehen sie alle im Verbaute, mit der Sozialdemokratie unter einer Decke zu stehen und sie nur zu verurteilen unter der Wucht erdrückender Thatsachen — wenn sie absolut nicht anders können. „Um so erfreulicher“, heißt es weiter, „ist es deshalb, daß sich auch die Gerichte der Aufgabe unterzogen haben, dieser revolutionären Unterminierung der Sozialdemokratie eingehende Beachtung zuwenden.“

Kann man herabwürdigender von den deutschen Gerichten sprechen als es hier von einem königlich preussischen Polizeikommissar geschieht? Früher waren die Gerichte hartbödig, d. h. ungeschick, jetzt langen sie nach Krieter an, dienstbar und gefügig zu werden. Ein Sozialdemokrat könnte keine schlechtere Meinung von der Wandelbarkeit richterlicher Anschauungen und Grundsätze haben, als Krieter unerhört auspricht.

(Schluß folgt.)

Manifest

des

Zentral-Wahl-Komitees der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

an die

Wähler des Deutschen Reiches.

(Schluß.)

Ein Staat, der nicht die Gerechtigkeit zur Grundlage hat, sondern die Polizeimacht, ist der Auflösung verfallen. Das Beispiel Rußlands, dieses Rußlandes der traurigen „Staatsmänner“, für welche Politik und Polizei einerlei ist, ist fürwahr ein flamendes Rotes Leuchtlicht. Nirgends die Polizei so stark, nirgends das persönliche Regiment so auf die Spitze getrieben. Und die Polizei-Macht und die Kassen-Macht zur absoluten Ohnmacht geworden — die russische Polizei das Gelpöhl der Welt, und der Zar ein Gefangener in seinem Palast, ein Gegenstand des Mitleids, von dem ärmsten seiner „Untertanen“ nicht beneidet.

Wer in seinen fünf Sinnen Gesunde kann nach den „Segnungen“ des russischen Zarenreiches blicken? Und das sind die Segnungen der konsequent durchgeführten Polizeiwirtschaft!

Nicht minder verderblich ist der Militarismus. In unserer Anpreisung vor der Wahl bezogenen wir ihn als die einzige Gewähr für den europäischen Frieden. Das zeigt sich jetzt, nachdem das Wahlgeld vorüber und die Wahllüge zerplatzt ist. Jedem Denkfähigen mit der mächtigen Ueberzeugungskraft wichtiger Thatsachen. Das Septennat, welches den Frieden verbürgen sollte, ist angenommen, und dreihundertdreißig Millionen des Nachtragsetats sind nur die erste Abschlagszahlung, welche das deutsche Volk für den 21. Februar zu leisten hat. Und das Kriegsgeld und die Kriegsschreie dauern fort.

Sehr natürlich. Denn das Volk würde die markausgebenden Kosten des Militarismus keinen Augenblick bezahlen, wenn ihm nicht dessen Unentbehrlichkeit durch „Schwarze Punkte“ am politischen Horizont drastisch veranschaulicht würde. Das fortwauernde Kriegsgeld, bei dem übrigens auch die schmutzige Börsenspekulation eine Rolle spielt, und welches für Handel und Gewerbe so verderblich ist, hat den noch nur in dem Militarismus selbst seinen Grund. Nicht daß wir eine wirtliche Kriegsgeldgefahr leugnen. Sie liegt aber nur im Militarismus. Wohl kennen wir den Satz: Wer den Frieden will, muß den Krieg vorbereiten (si vis pacem, para bellum). Aber was beweist er? Er ist vor 2000 Jahren von den Römern erfunden worden, und seit 2000 Jahren wird der „Friede“ durch die „Vorbereitung des Krieges“ so erfolgreich gefördert, daß Krieg und Kriegsgeld in Permanenz sind und der Friede unserer heutigen Nachkommen ein unerreichtes Ideal scheint. Mit dem jesuitischen, widerwärtigen, aberwichtigen Satz muß gedrohen werden, wie mit dem Militarismus selbst.

Was hat die Stärkung des Militarismus durch das Septennat genützt?

Nichts! Daß wir Deutsche dem Friedenspräsenzstand der Armee 41,000 Mann hinzugefügt haben, hat zur einzigen Folge, daß die Franzosen ihre Armee mindestens ebenso verstärken, und — an dem gegenseitigen Realitätsverhältnis ist nichts geändert, die Schraube ohne Ende des Militarismus ist bloß tiefer ins Raub des Volkes gedreht worden. Und morgen ist — vom Standpunkt des Militarismus aus — eine Erhöhung unserer Armee genau ebenso notwendig, als sie es vor dem Septennat war.

Aber das Ausland bedroht uns! Wir müssen uns doch schützen!

Wer sagt denn, daß das Ausland uns bedroht? Nur despotische Staaten bedrohen den Frieden — das despotische Rußland geht ohne Zweifel auf kriegerische Abenteuer aus, ist aber zum Glück innerlich so zerfressen, daß es funderleicht in Schach gehalten werden kann.

Das despotische Frankreich war einst eine Gefahr für Deutschland. Doch jetzt ist Frankreich ein Freistaat. Und wer aus den früheren Angriffen des despotischen Frankreichs auf Deutschland Kapital schlagen will, der vergesse, daß Frankreich schon einmal ein freier Staat war, in welchem der Volkswille herrschte, und daß es damals — 1792 — durch Deutschland, d. h. Oesterreich und Preußen angegriffen und in Kriege verwickelt wurde, die erst 1815 ihr Ende fanden.

Freie Nachbarstaaten sind uns eine Bürgschaft des Friedens, und statt mit ihnen das tödliche Kirchthürmchen des Militarismus fortzusetzen, sollte Deutschland, von dem die Initiative des modernen Militarismus ausging, sich mit den Nachbarstaaten über die Initiative zur Entwaffnung einigen. Es bedarf dazu nur des guten Willens.

Einmal muß mit dem Militarismus auch gedrohen werden, wenn anders das Volk nicht zu Grunde gehen soll. Und die Frage ist bloß: wollen wir erst durch das rote Meer eines neuen Krieges waten, vergleichen mit welchem der von 1870 — 71 ein Rinderpöbel war? Oder wollen wir den Klip abwerfen, ehe er uns in den Abgrund gerissen hat?

Für vernünftige Menschen kann es nicht zweifelhaft sein, was das Vernünftigerere ist.

Und je eher wir uns des Militarismus entledigen, desto besser für uns. Denn so lange er dräuhend über uns hängt wie eine Lavine, die der geringste Windstoß, dertritt eines rasenden Bogels in's Rollen bringen kann, gibt es kein Heil für das deutsche Volk und für die Völker Europas.

Bis dieses Ziel erreicht ist, werden wir dem Militarismus gegenüber unserer Drohke, die uns im letzten Wahlkampf zum Sieg geführt hat, unverbrüchlich treu bleiben: Keinen Mann und keinen Stosch!

Zum Schluß an unsere Parteigenossen die Mahnung: für die Verbreitung unserer Grundsätze so thätig zu sein, als ob eine Revolution vor der Thüre stünde. Die Pflicht der Agitation und Propaganda ist allezeit dieselbe; kein Tag darf ihr entzogen werden. Wir müssen die Massen gewinnen. Und darum dürfen wir unsere Agitation und Propaganda nicht auf die Städte beschränken. Die Landbevölkerung leidet unter den heutigen Gesellschaftsverhältnissen ebenso sehr wie die Industriebewohner der Städte. Hat sie sich bisher unseren Bestrebungen nicht so sympathisch gezeigt, so liegt die Schuld einzig an der größeren Schwierigkeit, ihr unser Programm vorzuführen. Diese Schwierigkeiten sind aber zu überwinden, und sie müssen überwunden werden. Es gibt keine Hindernisse für eine Partei, welche das Recht und die Wissenschaft für sich hat, aus den Verhältnissen stets neue Kraft saugt, und in den wachsenden Verfolgungen die schwindende Macht ihrer Verfolger sieht.

Zur Pfingstzeit 1887.

Grillenberger. Hasenclever. Bischoff. Reiser. Singer.

Sozialpolitische Rundschau.

Büding, 31. August 1887.

— Der Gedanke der Jubiläumsschrift zur Feier des Sozialengesetzes hat in den weitesten Kreisen der Genossen und Freunde begeisterten Anklang gefunden, unter dem Segnen aber, wie sich denken läßt, nicht weniger als angenehme Berührt. Was man unter der Hand abgethan glaubte, zumeist begraben im Schooße der Vergessenheit, — das soll sich jetzt Alles erheben, anfliegend, brandmarkend, nach Recht und Sühne rufend! Das ist freilich keine beneidenswerthe Aussicht!

Damit die Schandfäule ihre Wirkung und ihren Zweck nach allen Richtungen hin im ausgedehnten Maße erfülle, scheint es uns nöthig, die Denkschrift sofort auch in englischer und französischer Sprache erscheinen zu lassen und namentlich auch für die Verbreitung in den offiziellen Volksvertretungsorganen der verschiedenen Staaten zu sorgen.

Und nun an's Werk! Es ist keine Zeit zu verlieren! Her mit den Daussteinen!

— Die Verkommenheit der studirenden Jugend in Deutschland ist jetzt gewissermaßen amtlich festgestellt und damit im vollen Maße bestätigt, was wir jemals in dieser Beziehung gesagt. Schon vor Jahren sagte Professor Schmöller — sicherlich kein Reichsfeind — über die Faulheit, Noth und Verkommenheit der deutschen Studenten. Und dieser Tage hat Herr Boffe, Direktor im Reichsamt des Inneren zu Berlin, und durch seine Stellung eine der kompetentesten Autoritäten, einen Vortrag über den Raserei der heutigen Studenten gehalten und diesen Vortrag in der, einem halbamtlichen Charakter tragenden und nur für Beamte bestimmten „Monatsschrift für deutsche Beamte“ veröffentlicht. In diesem Vortrag wird ausgeführt, daß die Herren modernen Studenten entgegen viel saufen und entgegen wenig lernen; daß die Kollegen von der Elite der Studenten, den sogenannten Konspolstudenten, unter welchen der „nationale Geist“ ganz besonders gepflegt wird, so gut wie gar nicht besucht werden; daß namentlich die Juristen sich durch Faulheit und Noth abzeichnen, und daß infolge dessen die jungen Juristen im Staatsdienste von einer erschreckenden Unwissenheit seien, wodurch der Staatsorganismus, der tüchtige Beamter erfordert, in seiner gesunden Existenz bedroht werde.

Wir wollen es mit diesen Andeutungen des Inhalts genügen lassen. Für men die Einzelheiten ein Interesse haben, der kann sich die „Monatsschrift“ leicht beschaffen. Genug — die heutigen Studenten sind genau so geschäftig, wie sie sind. Und sie sind genau so, wie sie unter dem herrschenden System werden mußten. Fast ausnahmslos aus der herrschenden Klasse hervorgegangen, heilt die studirende Jugend die Vorurtheile, Anschauungsweise und Laster der herrschenden Klasse.

„Die die Alten hängen, so zerschern die Jungen“ — das bewahrheitet sich auch hier. Das deutsche Bürger- und Junkertum der Deden, dem die studentische Jugend entspringt, zeichnet sich aus durch Geistesarmuth, Mangel an idealen Zielen, Mangel an Ehrlichkeit, Mangel an Rechtsinn, und sehr viel Gefinnungslosigkeit. Bei dem Junkertum ist es nie anders gewesen. Klein beim Bürgerthum war es einmal anders. Es schwärmte für ideale Ziele, und war bis zur Mitte des Jahrhunderts der Träger der freiheitlichen Bewegung in Deutschland. Seitdem pflegt es bloß die sogenannten materiellen Interessen, und durch den Kultus des goldenen Kalbs, den der Schnapsbrenner Bismarck zu nationalen Tugenden erhoben hat, ist unser Bürgerthum vollends forrumvirt worden, so daß es mit dem Junkertum jetzt auf gleicher stüchliche Höhe oder Tiefe steht. Freiheit, Recht, Gerechtigkeit — sind sachliche Begriffe. Sie machen, das Volk ausbeuten und Jeden, der dieses schöne Geschäft fördert, verfolgen, zu Grund richten, verurtheilen — in diesen Sätzen drückt sich sein gesammtes Programm aus. Neben dem Kultus des goldenen Kalbs entstand so naturgemäß der Kultus der rohen Gewalt — der rohen Gewalt nach Innen und der rohen Gewalt nach Außen. Stupide Selbstüberhebung, Schimpfe auf die Ausländer, Schimpfe auf die politischen Gegner, Verherrlichung des Massenmords und der Gemeinheit, Anbetung eines Bögen von Schmutz, Blut und Eisen — kurz ein sich Wägen im Schlamme der Barbarei und Niedertracht.

Und diesem Schmutz entspringt die Fräulein, die aus ihm hervorgegangen sind — die studentische Jugend. Saufen, Raufen, Orgeln des Patriotismus, niederste Handlangerdienste an die Reaktion (man erinnere sich nur der „Schlepperer“ bei den letzten Wahlen!), gemeinstes Strebertum — das ist die heutige studirende Jugend.

Das Wunderbare ist bloß, daß ein Mann wie Boffe, der sie doch kennt, sich darüber wundert. Kann es denn anders sein? Konnte die Aera Bismarck denn ein anständiges, edles Geschlecht hervorzubringen? Bei der Erziehung kommt alles aufs Beispiel an; und da der deutsche Jugend Tag für Tag, Stunde für Stunde, Minute für Minute eingepaukt wird, daß es nie einen so großen, so vollkommenen Menschen gegeben hat, wie den „genialen“ Reichskanzler, um welchen alle in Deutschland beneidet! — so ist nichts natürlicher, als daß die Studenten in diesem genialen Reichskanzler ihr Vorbild erblicken, dem sie nachahmen wollen. Und betrachten sie sich dieses Vorbild näher, lesen sie seine Geschichte — ein jeder Tag bringt ja eine neue Biographie — so finden sie, daß das große Vorbild auf dem Gymnasium und auf der Universität arg gejauchelt, und in Rücksichten aller Art sich ergangen hat. Und lesen sie seine Reden, und lesen sie, was die Zeitungen von ihm schreiben, finden sie, daß das große Vorbild eine souveräne Berachtung für Wahrheit, Adel der Gesinnung, kurz für alle Ideale hat, daß er auf die irdischen Leidenschaften spekuliert, den Massen und Klassenhaft systematisch pflegt, in schamloser Weise seine Sonder- und Privatinteressen fördert — kurz: sie lernen das zu werden, was sie geworden sind! Freilich, Herr Boffe ist selber Beamter, und sollte die Wahrheit auch aufdämmern, so darf er sie doch nicht sagen.

Von ganz besonderem Interesse für uns ist, daß gerade die Juristen im Punkte der Faulheit und Unwissenheit den Vogel abgesehen haben.

Bemerkenswerth oder auffallend ist das allerdings nicht. Weder sollen denn die deutschen Juristen etwas lernen? Hören und lesen sie denn nicht jeden Tag, daß Richter und Staatsanwälte nur dann Karriere machen, wenn sie den Mantel nach dem Winde hängen und thun, was von oben befohlen wird? Glaube man denn, die Studenten der Jurisprudenz kennen nicht die modernen politischen Prozesse? Die Diktatorprozesse? Die Sozialistenprozesse? Die reichsgerichtlichen „Hoch- und Landesverratsprozesse“? Das lesen sie gewiß, die Herren Studenten, wenn sie auch keine wissenschaftlichen Bücher lesen — denn diese Prozesse zeigen ja an Seiten der Angeklagten „reichsfeindliche“, „unpatriotische“, „unnationale“ Gesinnung, und auf Seiten der Staatsanwälte und Richter das glänzende Gegenstück; und muß sich nicht ein junges juristisches Gemüth an den Reden und Thaten dieser patriotischen, nationalen Muster-Staatsanwälte und Richter-Richter erlaben und — so ihnen lernen?

Und wenn das junge juristische Gemüth sich dann fragt, was es lernen hat, so entsetzt der Bruder Studio, falls er kein polizeiwidriges Räudlich ist, sehr bald, daß juristische Kenntnisse bei den politischen und nationalen Staatsanwälten und Richtern gar keine Rolle spielen, ja ein hindernder Ballast sind, und daß Alles aus gutem patriotischen, nationalen und loyalen Gesinnung ankommt; daß ein guter Richter nicht dazu da ist, zu urtheilen, sondern zu verurtheilen; und daß die einzige Kunst, welche er zu lernen hat, die ist: paar Weidungen auswendig zu lernen, vermittelst deren die Schuldfragen „festgestellt“ und das pflichtschulbige „Schuldig“ in die richtigen juristischen Verdonnerungsformeln gebracht wird. Und wer kein gar großer Dummkopf ist, kann das in zwei, drei Stunden lernen.

Zeit er dies, der hoffnungsvolle Jüngling, und verkauft er den Rest der Zeit, unter obligatem Schroll der „Wacht am Rhein“, Prügeln, „Renuren“ und ähnlichen Akzidenzen, so kann er schmal eher davon rechnen, daß er Karriere macht, als wenn er seinen Schödel mit juristischer Weisheit beschwert, die ihm, wenn er als Staatsanwalt oder Richter seines Amtes waltend soll, nur unnötige Strapazen verurtheilt und sehr leicht an seiner Karriere verberben kann.

Wir haben es eben „herrlich weit gebracht“. Und der „Leipziger Zeitung“, die sich über unsere Charakteristik der Aera Bismarck nicht trösten will, möchten wir den wohlgeleiteten Rath erteilen, den Vortrag des Herrn Boffe, Direktor im preussischen Ministerium des Inneren, einmündig durchzuschicken und uns dann ihre Meinung zu sagen.

Uns will es schier bedünken, daß der „Sozialdemokrat“ die demagogische Wirkung des jetzt in Deutschland herrschenden Systems nicht stärker gezeichnet und gekennzeichnet habe, als dieser Direktor des preussischen Ministeriums des Inneren, dessen Chef bekanntlich Putzkomer heißt.

Unser Pallastem. Oder läßt sich über das herrschende System Schlimmeres sagen, als daß es die Jugend, die Zukunft der Nation und des Staats, vergiftet, in sittlicher und geistiger Hinsicht ruiniert hat?

Wir bitten die „Leipziger Zeitung“ um Antwort, können ihr aber die Versicherung ertheilen, daß wir trotz alledem und alledem an der Zukunft des deutschen Volkes nicht verzweifeln.

Es gibt noch eine weite Jugend, die Jugend des Volkes — das junge Proletariat. Und diese Jugend wird die Schmach rächen und sühnen, welche durch das herrschende System über ihr Vaterland und über jene andere Jugend gebracht worden ist.

Moral und Geschäft. Der von den preussischen Schnapsbrennern geplante „Spiritus-Donopolska“ behufs Brandstiftung der Volkswirtschaften gefährdet neben den Interessen dieser die verschiedenen Kategorien der bürgerlichen Gesellschaft, über die sich ein gulfkapitalistisches Blatt, wenn es nicht spezielles Organ der Schnapsbrenner ist, nicht so ohne weiteres hinwegsetzen darf, als handelte es sich bloß um die paar lumpigen Proletarier, deren Lebens- und Genußmittel man nach Belieben vertheilt, weil sie sich alles gefallen lassen. So sind denn insbesondere die national-liberalen Blätter in heller Bergeifung, wie sie sich zu dem famosen Brandstiftungsplan stellen sollen. Ihn offen tadelnd? Das ging nicht an, dazu sind die Schnapsbrenner viel zu reichstreuen Kameraden, und außerdem ist es ja bekannt, daß der Reichsfänger — auf den Bauß vor ihm! — dem „Schnapsring“ keine allerschönste, nun wie sagen wir doch? — seine allerschönste Patronage zugesagt hat und ihm am liebsten in Person beigetreten wäre, wenn ihm seine amtliche Stellung auch diesen Stempel erlaubt hätte. Dem „Schnapsring“ vertheiligen? Das ging auch nicht an. Der Raubzug ist zu frechend, und die Gesellschaftsklasse, in deren Interesse er unternommen wird, zu gering an Zahl, als daß sich das gelohnt hätte. Es gilt also, einen neutralen Standpunkt finden, von dem aus man Alle befriedigen kann. Und dieser neutrale Standpunkt hat sich gefunden, es ist der Geschäftspunkt.

Der Plan der Spiritus-Donopolska, setzt das Organ der rheinischen Bourgeoisie, die „Kölnische Zeitung“, ihren Lesern auseinander, ist lediglich eine Sache des Geschäfts, die Moral hat mit demselben gar nichts zu thun. Kommt sie zustande, machen die Brenner ihr Geschäft auf Kosten der Kerntisten der Armen, so ist's gut; machen sie es nicht, mißfällt die Bant — nun, so haben sie sich eben verrechnet. Es ist das ihre Sache, und es liegt gar kein Grund vor, sich darüber zu erheben. Moral und Geschäft sind zweierlei.

Das stimmt nun allerdings. Wenn zum Beispiel ein Zeitungsbesitzer dafür, daß er sein Blatt, das er dem Publikum als unabhängig aufschwätzt, der Regierung zur Verfügung stellt, sich von dieser jährlich etliche Tausend Mark schenken läßt, so macht er ungewissheit ein gutes Geschäft. Was aber hat die Moral damit zu thun?

Oder wenn ein Minister, der zufällig auch Schnapsbrenner ist, und zwar einer der größten, die Rinde der Gesetzgebung dazu benutzt, die Lage der nothleidenden Schnapsbrenner zu verbessern, so macht der Schnapsbrenner, der nebenbei Minister ist, sicher ein sehr gutes Geschäft. Wird aber irgend jemand behaupten wollen, daß die Moral etwas damit zu thun habe?

Oder aber wenn ein der Regierung nahestehendes Blatt den Krieg im „Sicht“ oder „auf des Reichers Schilde“ erklärt und damit eine Pant auf der Börse herbeiruft, und ein Banquier, der einen guten Freund im auswärtigen Amt sitzen hat und von diesem erfährt, die Sache sei gar nicht so schlimm, die Artikel bescheiden nur einen Druck auf den großen Haufen auszuüben, seine seine Kenntniß zu erfolgreichen Börsen-Spekulationen ausnützt, so wird niemand dem Banquier und seinem Freund vormerken, daß sie Moral getrieben hätten. Der Banquier hat ein gutes Geschäft gemacht, das ist alles.

Und wenn eine Bande Straßenräuber einen Wanderer überfällt und ihm krait des Geistes des Stärkeren seine Bauschaft abnimmt, so machen die Straßenräuber ebenfalls ein gutes Geschäft, während die Moral gar nichts —

Nicht doch, das Beispiel stimmt nicht. Mit dem Geschäft der Straßenräuber hat die Moral allerdings etwas zu thun, sie verurtheilt es. Jedes Kind weiß, daß es unmoralisch ist, Leute gewaltsam auszurauben.

Wo aber der Unterschied zwischen der Zügellosigkeit des gemeinen Wege-lagerers und dem Raubzug der hochadeligen wohlgelesenen Schnapsbrenners u. d. d. ist, das ist das Geheimniß der tugendhaften „Kölnischen Zeitung“. Und Heiden ist das Räthsel zu lösh.

Ein guter Vergleich. In einer Broschüre, die zu dem neulich zitierten Erguß über die der Nothweil wohl unglückliche Größe des Reichsbrenners eine passende Ergänzung bildet, wird Vergleich mit dem alten slavischen Göden Trilgall verglichen. Der Vergleich ist in mehrfacher Beziehung treffend. Zunächst von wegen des Göden-bieners. Und dann von wegen der slavischen Kunst und endlich dem unbrüthigen und gegenständlichen Typus und Wesen. Und endlich von wegen — nun, der Leser wird den Gedankenstreich verstehen und das Richtige finden, wenn wir nachstehend die Schilderung geben, welche der englische „Herakultus“-Autorität Carlisle in seinem Buch zur Verherrlichung des „Geroen“ Friedrich II. — auch „der Große“ benannt, gleich anderen ähnlichen „Geroen“ — von diesem slavischen Rationalgott entworfen hat.

Also — wir übersezen wörtlich —

„Trilgall ist ein dreiköpfiges Ungeheuer, aber die Rauben häßlich, etwa wie drei zusammengeflochtene junge Wal-fische oder wie ein dreifaltiges befoffenes Meer-schwein denn die trübe glühende Augen sind unbeschreiblich, sowie der ungeschickte Körper: häßlicher und stupider aller falschen Götter.“

Ist das nicht ein prächtiger Reiz, dieser „häßlichste und stupideste aller falschen Götter“? Und die — da ist wieder der fatale Gedankenstreich. Aber dreiköpfig ist er nicht.

(Damit man die Uebersetzung nicht bemängle, sei mitgetheilt, daß sie der amtlichen, in der Königlich-Ober-Hofbuch-druckerei von Deder gedruckten Uebersetzung wörtlich entnommen ist und dort nachgelesen werden kann.)

Minderwertige Gesellschaft. Unter dieser Epithete schreibt die liberale „Neue Stettiner Zeitung“: „In einem Berichte aus Bad Heringsdorf findet sich in der durch ihre Kritikalität bekannten Berliner „Post“ folgende für die Besucher Heringsdorfs während der ersten Saison recht schmerzliche Stelle: „Während in der ersten Saison in diesem Jahre sich mehr gesellschaftlich minderwertige Elemente einfinden hatten, ist jetzt wieder die aristokratische Gesellschaft, der hohe geistreiche Katholik (!) Adel, das hohe Beamtenwesen und die hantwinnige, vertreten.“ — In welcher Gattung der Gesellschaft mag sich wohl der Einsender dieser plumpen Reklame rechnen?“

Die „Post“ ist Organ der sogenannten freikonservativen Partei, das heißt derjenigen konservativen Partei, deren Konservatismus frei ist von jeder grundsätzlichen Färbung, deren politisches Ideal in der möglichsten leichten Verbindung der Geburts- und der Geldaristokratie, der Räuber der heute und der Nachkommen der Räuber von gestern besteht. Daß dieser Gesellschaft in der Hera Bismarck-Bleicheröder der Ramm besonders schwellen muß, versteht sich von selbst. Vor 30 Jahren hätte sie sich, trotz der „Reaktion“, dergleichen Unerschämlichkeiten nicht erlaubt. Damals strickte ihr eben die 1848er Revolution noch zu sehr in den Knochen; der heilsame Schwanz, der z. B. den schlesischen Grafen Renard veranlaßte, in einer Wählerversammlung zitternd auszurufen: „Nicht Graf Renard, Bürger Renard, wenn ich bitten darf, noch noch nicht überwunden.“

Jetzt ist er überwunden, gründlich überwunden, Dank der Feigheit des deutschen Bürgerthums. Die christlichen oder auch nicht christlichen Kaufleute, Fabrikanten, Professoren, Richter, Ärzte u. haben es sich selbst, ihrer bodenlosen Servilität, zugeschworen, wenn sie heututage wieder, wie vor 1848, öffentlich als minderwertige Gesellschaft bezeichnet werden. Sie benehmen sich als Knechte, warum wollen sie anders behandelt werden denn als Knechte? Ueberdies, wer in einem Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Würde die „Neue Stettiner Zeitung“ es ebenso unanständig finden, wenn die Fabrikanten, Kaufleute, Professoren u. nun ihrerseits in Bewegung auf Reichthumswörter, Kleinwerbtreibende und Bauern von einer minderwertigen Gesellschaft? redend? Dergleichen soll nämlich zuweilen auch vorkommen. Der Kastengeist herrscht in demselben in allen Schichten der Gesellschaft wieder vor, Knechtsinn auf der einen und dünkeltüchtige Uebersetzung auf der andern Seite tritt dem Beobachter auf jedem Schritt entgegen. Eine gründliche „Schüttelmixtur“ wäre dringend am Platze.

Kartellbrüderliche Taktik. In Sachsen stehen befallmlich die Landtagswahlen bevor — Ende Oktober muß der Landtag zusammentreten, und die Wahlen müssen doch selbstverständlich vorher stattfinden. Nun schreiben wir aber schon Ende August. Trotzdem verlautet noch nichts von dem Wählertermin. Die Regierung hält sich in unbeschränklicher Schweigen; und die gesammte Kartellbrüdererschaft thut underschiedlich. Natürlich ist's auf eine Ueberrumpelung abgesehen. Man läßt den Gegner möglichst lange warten, damit er ermüdet werde, und dann plagt plötzlich das Defret herover und setzt die Wahl auf den möglichst frühen Termin fest, damit der Gegner möglichst wenig Zeit zur Vorbereitung hat. Die Herren Kartellbrüder, denen der ganze Regierungs- und Kapital-Einfluß zu Gebot steht und die ohnehin nicht im Lichte des Tages arbeiten — sie wissen warum — brauchen für sich keine langen Vorbereitungen. Es bedarf bloß eines Drucks auf den Knopf, und jeder Staats- und Gemeindegewalt, vom Minister und Reichshauptmann bis hinunter zum kleinsten Ortsvorstand, steht mit aller Macht an dem Karren der Kartellbrüder. Und dafür, daß die Gegner — das heißt in diesem Falle die Sozialdemokraten, denn eine andere Oppositionspartei gibt's nicht mehr in Sachsen — keine Versammlungen abhalten können, ist bereits gesorgt. Sämmtlichen Wirthschaften ist unter der Hand bereits mitgetheilt, daß der Regierung ganz besonders viel darauf ankomme, die Sozialdemokraten auch bei diesen Landtagswahlen keinen einzigen Sieg erröchten zu lassen; und dazu gehöre, daß sie keine Versammlungen abhalten dürften. Also — Und so nachdrücklich ist zu den Wirthschaften geredet worden, daß auch nicht ein einziger Saal in den vielen Kreisen, wo eine Wahl vorzunehmen ist, den Sozialdemokraten zur Verfügung steht. Selbst zu den Zeiten der letzten Reichstagswahl war's nicht so schlimm.

Man sieht, unsere Kartellbrüder sind doch noch im Stand, etwas zu lernen. Man sieht aber auch, von was für Stoff die Wirthschaften sind. Nicht so und so feig, jämmerliche Recke. Und das verdammt noch mit seinen patriotischen Thaten!

Uebrigens sind unsere Genossen auf dem Platz

Die Breslauer Unterjuchung ist noch immer nicht geschlossen. Wir gaben ja schon früher das Rezept, wie man eine Unterjuchung und die Unterjuchung nach Belieben ins Unendliche verlängern kann. Und nach dem Rezept handelt gewissenshaft der Breslauer Staatsanwalt. Er läßt alle Wochen eine frische Verhaftung vornehmen, so daß immer neues Material beschafft wird, das, wenn es auch negatives Material ist, doch die Möglichkeit gibt, die Unterjuchung wieder zu eröffnen. Nun — das sind kleine Kniffchen, die zu dem herrschenden System passen.

Uebrigens ist die Nachricht verschiedener Blätter, das Verfahren gegen Geiser und die anderen fünf aus der Haft Entlassenen sei eingestell, nicht im Einklange mit der Wahrheit. Das Verfahren ist wohl noch gegen Alle — nur das es bisher dem Herrn Staatsanwalt noch nicht gelungen ist, einen bestimmten Anklagepunkt zu formuliren. Indes — da wird sich ja wohl schon Rath schaffen lassen.

In die falsche Adresse. In Ostende in Belgien ist es in der vorigen Woche zu einem Aufstand der dortigen, schamlos ausgebeuteten Fischerbedürftigen gekommen, der mit der Riederziehung einer Anzahl der Proletarier der Küste geendet hat.

„Die Ursachen des Aufstandes,“ schreibt man der „Allgemeinen Zig.“, sind dieselben, wie jene, welche die letzten Arbeiteraufstände hervorriefen: der Hunger und das Elend. Die belgischen Fischer führen ein noch viel jämmerlicheres Dasein als die Arbeiter in den Kohlenruben. Ganze Tage und Nächte bringen sie in ihren meist gedrückten Barken auf offenem Meere zu, allen Gefahren der Bitterung und der Stürme ausgesetzt. Die Unglücksfälle sind förmlich zu einer periodischen Erscheinung geworden, und der Untergang einer Fischerbarke mit allen ihren Insassen wird von den Blättern unter den vermissten Nachrichten wie etwas veröffentlicht, was die Welt nicht besonders interessiert. Der Jahresverdienst eines belgischen Fischers beträgt für diesen aufopferungs- und gefährvollen Beruf zwischen 300 und 500 Fr., übersteigt letztere Summe aber niemals. Man muß sich nun fragen, woher eine arme Fischerfamilie mit einem solch jämmerlichen Verdienst ihr Auskommen finden soll. Wenn nun die Fischer durchschnittlich Hungers sterben, so ist dagegen die Lage der Händler, welche die Fischmärkte veriorren, eine beneidenswerthe. Der geringe Arbeitslohn, den sie zahlen, setzt sie in den Stand, ihre Fische billig zu erhalten, aber theuer zu verkaufen. Sie sind insgesammt reiche Leute und kümmern sich wenig darum, ob ihre Arbeiter darben oder nicht. Verlangen aber die letzteren eine noch so geringe Lohnerhöhung, und streuen sie, da ihnen diese verweigert wird, die Arbeit ein, so lassen die Händler ihre Fische einfach aus England kommen. Hierbei zeigt es sich wiederum, wie vortrefflich die belgische Regierung die Interessen der Wähler wahrzunehmen versteht, wenn auch sonst dadurch Hunderttausende von Nichtwählern geschädigt werden. Während nämlich England und Frankreich die belgischen Fischer entweder gar nicht oder nur gegen Vergütung bedeutender Höde und Daseinsgefahren herantommen lassen, ist die Einfuhr englischer Fische nach Ostende weder mit einem Zoll noch mit einer Gebühr belegt. Die belgische Regierung, die toben erst zu Gunsten der Karrierer schutzlos geworden ist, bleibt zu Gunsten der reichen Fischhändler freihändlerisch. Denn nur durch die Zollfreiheit ist es den belgischen Händlern möglich, die heimischen Fischer zu wahren Wettbewerbern zu zwingen. Seit vollen zehn Jahren nun petitioniren die belgischen Fischer fort und fort um die Einfuhr eines Zolles auf englische Fische nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit. Es wurde auch eine Kommission eingesetzt, welche eine Menge Zölle eingestrichen hat, nachher aber spurlos verschwunden ist. Den belgischen Fischern ist darob die Geduld gerissen, worüber Niemand, der mit ihrer trostlosen Lage vertraut ist, sich wundern kann.“

Daß den belgischen Fischern die Geduld gerissen ist, wundern wir freilich nicht, wundern könnte uns höchstens, daß sie ihnen erst jetzt gerissen ist. Indes nicht darum handelt es sich hier. Die Frage ist vielmehr, ob es wahr ist, daß die Zollfreiheit die schlechte Lage der Ostender Fischer verschuldet, und diese Frage ist unbedingt zu verneinen. Nicht die Zollfreiheit, bzw. die englischen Fanggebühren verschulden diese schlechte Lage, denn die armen Fischer könnten, auch wenn England alle Fanggebühren abschafft, nicht nach England exportiren, Antemalen es ihnen am nöthigsten dazu fehlt. Die englischen Fanggebühren hindern die belgischen Fischer eher durchaus nicht, feinfreisch zu werden, die englischen Fanggebühren und die feinfreischen Einfuhrhöde dienen ihnen nur als Vorwand, die Fischer immer schlechter zu bezahlen; nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ erhält der Fischer vom Ceiß der Jahresanfangs nur 47 Prozent! Daß eine so schamlose Ausbeutung der Zollfreiheit geschehen ist, ist lächerlich, eine Zollgebühre würde an der Lage der Ostender Fischer gar nichts ändern. Was sie brächt, sind nicht die Zollverleumdungen, oder diese doch nur in minimem Grade, sondern das kapitalistische Ausbeutungssystem, wie es in der Fischerrei auschließlich herrscht, und es ist ein bedauerliches Zeichen für die Unwissenheit der belgischen Fischer, daß sie ihren berechtigten Groll von kapitalistischen Goldschreibern auf einen ganz untergeordneten Faktor ablenken ließen, daß sie gegen die fremden Fischer statt gegen die heimischen Ausbeuter losgingen. Es liegt und gewiß fern, der gegenwärtigen Pfaffenregierung in Belgien das Wort zu reden, aber wenn sie weiter keine Schuld auf sich geladen hätte, als daß sie keinen Zoll auf Seefische einführt, so hätten die liberalen belgischen Pharisäer alle Ursache, ihr gegenüber schämschanden den Mund zu halten.

Oder ist es nicht der Geißel des Pharisäerthums, wenn z. B. der belgische Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ am Schluß einer Korrespondenz über die Ostender Unruhen pittoresk ausruft:

„Das heute vergossene Blut aber kommt wiederum über diejenigen, welche die Mittel in der Hand hatten, um der Sklaverei der Fischerrei ein Ende zu machen. Ich meine die großen Herren in der Kammer, die bisher für das Volk nichts gethan, ob dasselbe sich nun Kärntner, Fischer oder Bergmann nennt, während sie schon Gelegenheiten fanden, um ihre durch Wirtschaftlich gefährdeten Gewinne durch Zollaufgaben zu retten. Wenn es so weitergeht, könnte es schließlich dahin kommen, daß an jeder belgischen Waare Blut fließt. Das ist die Folge der Politik der kapitalistischen Ausbeutung, welche dem Armen nichts dazureichen weiß, als die Schnaps-lasche, und nicht des guten Beispiels achtet, welches in Nachbarländern geboten wird.“

„Das gute Beispiel in den Nachbarländern!“ Daß dem Reiz, der das schrie, nicht die Dinte in der Feder stockte! Als ob sich dieses „gute Beispiel“ in dem geminten Nachbarlande nicht darauf beschränkte, daß man dem Armen die Schnaps-lasche — noch vertheuert hat! Im Uebrigen stimmt befallmlich Wort für Wort dessen, was der Korrespondent der Kölnerin von den hohen Herren in der belgischen Kammer sagt, auf die hohen Herren im deutschen Reichstag, die ebenfalls nur darauf bedacht waren und sind, ihre durch Wirtschaftlich gefährdeten Gewinne durch Zollaufgaben zu retten. Biedlich zeigt auch einmal den immer schamloser getretenen deutschen Arbeitern die Geduld, und dann wollen wir uns das Wort der Kölnerin merken: Auf diejenigen das vergossene Blut, die die Politik der kapitalistischen Ausbeutung bis auf's Neueste getrieben!

Zum Auflösungszweck der bürgerlichen Gesellschaft. Wir lesen im „Pöhl: Tagesblatt“:

„Ein Opfer ihres Berufes. Die Leiche der Mrs. Scott ist vorgestern von England hier angekommen. Was interessiert uns das? mögen unsere Leser fragen. Aber nur gemach. Mrs. Scott (eine Schwiegertochter des verstorbenen Tom Scott, Präsidenten der Pennsylvania Eisenbahn) ist ein Opfer ihres Berufes. Und ihr Beruf war, die leitende Dame der „Gesellschaft“ von Philadelphia zu sein. Sie starb plötzlich am 20. Juli in London, wohin sie sich mit anderen aus der Gesellschaft begeben hatte, um sich bei der Jubiläumssfeier im Glanz der britischen Königsfamilie und in deren Abganz, repräsentirt durch das britische Konsulatsentheim, zu sonnen. Die „Pflichten ihrer hohen sozialen Stellung“ zwangen sie dabei, sich solche in aufregenden Festlichkeiten herumzutummeln, bis sie erschöpft — ein Opfer des Millionär-Berufes, wie sie ihn in ihrer Heimath gelernt hatte — niederkam!

Während des ganzen Monats vor ihrem Tode war sie in einem ununterbrochenen Wirbel von Vergnügungen besessenen, die ihre Gesundheit stark mitnahmen. Da sie das Annehmen ihrer Kräfte empfand, so griff sie zu dem Mittel, täglich und zweimal sogar einmal des Tags türkische Bäder von sehr hoher Temperatur zu nehmen. Die unvermeidliche Wirkung zeigte sich bald: der vollständige Zusammenbruch ihrer Lebensgeister. Ein Herzschlag machte ihrem Dasein ein Ende.“

Haben nun unsere Leser noch immer keine Sympathie für dieses unglückliche Opfer der „Gesellschaft“? Wenn nicht, dann müssen sie gegen den Stein besinnen. Sie sollen nur die langen, langen Artikel in der englischen Presse lesen über das „gesellschaftliche Talent“ der Dame, über die Genialität zu „repräsentiren“, feste zu arrangiren. Sie sollten die Wehklagen lesen über den unerföhligen Verlust, den die „Gesellschaft“ erlitten, über die lange Ungewissheit, ob sich auch eine würdige Nachfolgerin als „leitende“ Dame der Gesellschaft von Philadelphia finden werde. Man befürchtet bittere Kämpfe unter den Millionen um die hohe Ehre, die „Gesellschaft“ ist in Aufregung, und wenn sie erst aus Europa und den Höben zurückkommt, so mag es einen Krachel abgeben, gegen den der Streit unter den politischen Drahtziehern McKanns, Leeds, Dixon und Lane um die Beute im nächsten Herbst in Nichts verschwindet.“

Sind unsere Leser jetzt noch immer nicht interessiert in dieser wichtigen Affaire? Unsere Kunst, sie zu rühren, ist erschöpft! —

Uebrigens ist Frau Scott nicht das einzige Opfer ihres edlen „Berufes“. Er fordert vielmehr tagtäglich seinen Tribut. Während Tausende und Abertausende von Proletariatsmädchen und Frauen den lang-jamigen Hungertod sterben, sterben die Töchter ihrer Ausbeuter im Taumel von Vergnügungen, die für sie selbst eigentlich mehr Frohn-dienste sind, aber von ihnen oft mit einer wahren Kokettenschickung absolut werden, die an antike Heldengröße mahnt. Solche Erscheinungen aber — wahnsinnige Opfer hier und verbrochen Geoperte da — zeugen nur für den nothwendigen Zusammenbruch des Ungeheures, „moderne Gesellschaft“ genannt.

Die Sozialreform zum Lachen, so Wüthiges sie bisher geleistet, ist dem deutschen Ausbeuterthum schon zu viel. Im neuesten Jahresbericht (für 1886) der Kaiserlichen Handelskammer gibt sich die „Industrie“ — politische Umschreibung für Industriellen-Unternehmer, wie Landwirtschaft für Grundbesitzer — das Zeugniß, daß sie die durch das Krankenlastergesetz auferlegten Lasten in richtiger Würdigung der dem Arbeiterstande damit erwiesenen Wohlthat bereitwillig auf sich genommen hat (es ist wahrhaft rührend). „Indes,“ wird festsammet, „ist nicht zu leugnen, daß ihr, so lange die anderen Kulturländer jögern, durch die Gesetzgebung ähnliche Vortheile dem Arbeiterstande zuwenden, durch die höheren Lasten die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erschwert wird.“

Es ist notorisch, daß Deutschland von allen Industrieländern die niedrigsten Löhne zahlt, und es ist ferner notorisch, daß die Beiträge der Unternehmer zu den Krankenkassen der Arbeiter nicht im Entferntesten die Differenz ausgleicht, welche zwischen dem Lohne des deutschen und dem des amerikanischen oder des englischen Arbeiters besteht. Wozu also das Gejammer? Es beweist nur, daß es mit der gerühmten Bereitwilligkeit angeht, die des edlen Zwecks nicht weit her war, und daß die Herrschaften jede wirklich ernsthafte Maßregel zur Verbesserung der Arbeiterlage, als von der Industrie nicht zu tragen, von vornherein abwehren möchten. Immer derselben, das ist die Hauptsache.

Die „Londoner Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer die in Nr. 34 unseres Blattes erschienene Einfindung der Münchener Genossen und bemerkt dazu:

„Die Münchener Genossen sind also nicht ganz mit uns einverstanden. Da sie uns aber wenigstens prinzipiell beifallen, so wollen wir nicht mit ihnen rechten. Ueber Temperaments- und Geschmacksverschiedenheiten läßt sich ja nun einmal nicht streiten. Die ergabene Selbstver-tröstung auf den nach „sechs langen Jahren“ (!) zu erscheinenden „Sieg“ ist offenbar eine Sache des Temperaments. Und das Andre — wir denken da speziell an Grillenberger — ist Geschmacksache. Uebrigens war besagte Resolution weniger auf die Münchener als auf die Zürcher Genossen gemünzt.“

Im unmittelbaren Anschluß an diese lesen wir sodann folgende Notiz:

„Kein Palliren, kein Kompromiß!“

Das böse Beispiel mitunter — nämlich wenn es abschreckend wirkt — auch gute Sitten erzeugen kann, beweist die nachstehende Nachricht aus der Schweiz: „Die Arbeitervereine des Zürcher Bezirks beschloßen, für die Erneuerungswahlen der 3 Nationalräthe des Wahlkreises am 30. Oktober zum ersten Male auf ein Zusammengehen mit den Demokraten zu verzichten und eine reine Arbeiterliste aufzustellen. Einstimmig werden ausgesetzt: Vogelzanger, Conzitt, Fühner, Greulich, Schöpl.“ Hoffentlich ist das nicht bloß zum „ersten“, sondern von nun an für alle Mal.“

Wenn das „böse Beispiel“ auf die Zürcher Genossen gemünzt ist, so so mag sich die „Londoner Arbeiterzeitung“ beruhigen. Was die Zürcher Arbeitervereine jetzt thut, unterscheidet sich keineswegs grundsätzlich von dem Vorgehen der Zürcher Genossen bei der letzten Landtagswahl. Nationalrath Schöpl, der auf ihrer Liste figurirt, ist ein sehr achtbarer Befürworter von Arbeiterfragen, aber keineswegs Arbeitervertreter im Sinne der Sozialdemokratie und steht zu unserer Partei in durchaus keinem anderen Verhältnis als Herr Coora in Zürich. Ueberdies gemäß ein Blick in die „Arbeiterstimme“, um sich zu überzeugen, daß ganz andere Verhältnisse es sind, welche die Zürcherische Arbeiterkraft zu ihrem Vorgehen bestimmten, als das „abschreckende Beispiel“ der Zürcher Genossen. Der sich so überlegen gebietet, wie die Redaktion der „Arbeiter Zig.“, sollte sich doch wenigstens bemühen, die tatsächlichen Verhältnisse möglichst genau zu studiren, ehe er sein Urtheil abgibt. Oder ist das auch „Geschmacksache“?

Der Monner Prozess wegen Verbreitung verbotener Schriften u. — der beschiedene Rest des großen, vom dieben Engel endenden Komplots — hat mit der Verurtheilung von fünf der Angeklagten (Fühner, Frank, Abel, Steinmetz und Wähe) zu je fünf Monaten Gefängniß, unter Anrechnung von 3 Monaten Unterjuchungshaft, und vollständiger Freisprechung der Uebrigen (Böhle, Chevaller, Müller, Schumacher, Otto Huck, Wolfenbuhle und Frau Kuffeld) geendet. Die Verhandlungen boten ein charakteristisches Bild der neudeutschen Rechts-, bzw. Unrechtszustände. Unberechenbar der Polizei und „vertrauliche Mittheilungen“,

